

27. I. 1919

**Stürmische Staatsbeamtenversammlung.**  
**Verabsichtigte Stilllegung der Staatsbetriebe an einem**  
**Wochentag.**

Wien, 27. Januar.

Der Zentralverband der deutschösterreichischen Staatsbeamtenvereine hielt gestern beim „Grünen Tor“ in der Perchenselberstraße eine Versammlung ab, zu der die Staatsbeamten in überaus großer Zahl erschienen waren.

Referent Schmidt besprach die Forderungen der Staatsbeamtenchaft und teilte mit, daß für Anfang Februar nur der halbe Anschaffungsbeitrag gewährt werde, weil im Dezember bereits die andere Hälfte bezahlt worden sei, und daß die Regierung sich weigere, das Versprechen auf Zahlung des ganzen Anschaffungsbeitrages zu halten. Er legte sodann in eingehender Weise die Standesforderungen und die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der Beamtenchaft dar, die vor allem besagen: Die Staatsangestellten dürfen in Zukunft nur in Beamten und Unterbeamten (die heutigen Diener) eingeteilt werden. Der Militärdienst darf unter keinen Umständen Anrecht auf Staatsdienststellen geben. Die bisherigen Beamten werden nur in zwei Gruppen geschieden, in die Gruppe der akademischen Beamten und der nichtakademischen Beamten, in eine dritte Gruppe können die Offizianten kommen, deren Forderungen voll zu unterstützen sind. Die Aktivitätszulage ist in einen im Mitgegenuß einrechenbaren Wohnungszuschuß umzuwandeln. Weiter wird die obligatorische Zugehörigkeit zur Organisation verlangt, Schaffung von Personalkommissionen mit Mitbestimmungsrecht, zum Beispiel bei Berufungen gegen die Qualifikation, und staatliche Förderung aller Beamtenwirtschafts-einrichtungen. Er wendet sich gegen Dr. Mataja (türnische Zwischenrufe), der die Gründung eines Warenhauses für Staatsbeamte hintertrieben habe, und erklärt, es werde jetzt eine Hebebetriebe, um Millionäre als Opfer des Steuersystems hinzustellen. Es ist notwendig, daß wir gegenüber den Versuchen, die Anwendung gerechter Steuern zu hintertreiben, die regste Aufmerksamkeit der Steuerepolitik der Parteien zuwenden. (Beifall.)

Rechnungsrat Schiedl referiert über den zweiten Punkt der Tagesordnung, Massenpensionierungen und Enthebungen und legt dagegen Protest ein, daß die wirtschaftliche Vernachlässigung der Beamten im neuen Staate Deutschösterreich fortgesetzt werde und daß die Staatsangestellten die Kosten für verlorene Schlachten bezahlen solle. Redner wendet sich dagegen, daß man gegen Steuerorgane vorgehe und daß das Schimpfen über den Steuerterror zum guten Tone gehöre. Seine Abgeordneten, die jetzt gegen die Steuerorgane Sturm laufen, seien darauf aufmerksam zu machen, daß sie ja im Abgeordnetenhause für diese Steuern gestimmt haben. Er dankt dem Doktor Steinwender für seine warmen Worte zum Schutze der Steuerorgane und wendet sich gegen die „Begutachtungsgrafen“, die Protektionskinder seien, welche nur bei Festessen zu paradien und Deputationen zu empfangen hätten. Er verlangt schließlich, daß die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über Schadenersatz gegenüber allen zur Anwendung gelangen, die am Ausbruch des Krieges schuld seien. Diese Haftung habe bis zur Vermögenskonfiskation zu gehen. Dann werden die wenigen Millionen für die Staatsbeamten aufgebracht werden. (Lebhafte Beifall. Zwischenrufe gegen Erzherzog Friedrich.)

Unterstaatssekretär Dr. Waber befragt es, daß die Ausführungen der Referenten von strengster Sachlichkeit getragen waren, stimmt ihnen zu und verweist darauf, daß wir noch immer unter den Folgen des Krieges leiden. Er spricht sein Bedauern darüber aus, daß wir noch immer keine eigene Staatsbank haben und von der Oesterreichisch-ungarischen Bank abhängig seien. Er werde selbstverständlich bemüht sein, eine günstige Lösung in der Frage der Forderungen der Beamtenchaft herbeizuführen, und bedauere es, daß unter die Beamtenchaft eine Beurlaubung wegen der bevorstehenden Pensionierungen getragen werde. Er sei für die Zwangsorganisation, doch sei die freie Betätigung in den Bereichen da, wo dies notwendig. Die Reichen sollen entsprechend zur Ertragung der Lasten herangezogen werden. Er warnt schließlich davor, den Gedanken der freien Vereinsorganisationen aufzugeben.

Nationalrat Dr. Seifinger legt dar, daß er sich für die Beamtenchaft eingereitet sei und daß er nie etwas für sich erhebt habe. So habe er die Stelle eines Sektionschefs abgelehnt, um unabhängig zu bleiben. In Deutschösterreich gebe es 5000 Millionäre, die man endlich besteuern solle, und damit habe man die nötigen Millionen. Die größten Kriegsverdiener aus dem Jahre 1914 wurden nicht besteuert. Das Sprichwort: „Hat der Bauer Geld, so hat's die ganze Welt“, sei nicht wahr, denn der Bauer habe jetzt Geld und uns geht es schlecht. (Zwischenrufe). Redner erklärt schließlich, für die Beamtenchaft einzutreten. (Lebhafte Beifall.)

Nationalrat Dr. Neumann-Walter wendet sich gegen die Planlosigkeit des jetzigen Steuersystems und gibt zu, daß die Staatsbeamten für ihre Aufopferung keine Anerkennung gefunden haben. Er verspricht, für ihre Forderungen in energischer Weise tätig zu sein.

Nationalrat Forstner erklärt, er brauche nicht erst zu versichern, daß er und seine Partei für die Wünsche der Staatsbeamtenchaft eintreten werden, und verpflichtet, die Deputation, der Staatsanwaltschaft, die die Forderungen überbringen werde, zum Staatsrat zu führen.

Unter allgemeinem Beifall erklärt der Staatsbeamte Neubauer, daß mit bloßen Resolutionen nichts getan sei, man müsse energisch vorgehen. Er beantragt, daß der volle Anschaffungsbeitrag noch vor den Wahlen, bis zum 15. Februar, zugesichert sein müsse. Wenn dies nicht geschehe, beschließe die Staatsbeamtenchaft an einem Wochentage unter Stilllegung aller Staatsbetriebe eine Demonstration zur Durchführung ihrer Forderungen zu veranstalten. Dieser Antrag Neubauer wurde unter stürmischen Beifalle der Versammelten als Zusatzantrag der Resolution, die die Forderungen der Beamtenchaft enthält und gleichfalls angenommen wurde, zum Beschlusse erhoben.